

Ethische Überlegungen zu den Auswirkungen der Schuldenkrise

wäre eine Schuldendienstquote von vielleicht 5-10%! So wurde z.B. der Bundesrepublik Deutschland beim Londoner Schuldenabkommen von 1953 eine Schuldendienstquote von nur 3,35% zugemutet (bei einem Verhältnis der nicht erlassenen Schulden zu den Exporterlösen von nur 85%)³⁸. Graphik 9 zeigt aber zusätzlich, dass seit 1982 die Schulden/Exportquote der HIPCs erheblich über 250%, d.h. jenseits der von der Weltbank definierten Tragbarkeitsgrenze liegt. Die Schulden der HIPCs sind also schon seit 16 (!) Jahren, nach eigenem Eingeständnis der Weltbank, absolut untragbar. Wieso haben dann die Gläubiger bis jetzt keine entsprechenden Massnahmen ergriffen, um dieser untragbaren Situation effizient entgegenzuwirken?

Die HIPC-Initiative kann also wieder nur als «too little, too late» eingestuft werden. Oder mit den Worten des amerikanischen Ökonomie Professors an der Harvard-Universität, Jeffrey D. Sachs, ausgedrückt: «Die gegenwärtige Strategie, bekannt als HIPC-Initiative,

Erfahrung und Vernunft bestätigen, dass die wirtschaftlichen Tätigkeiten im allgemeinen sowohl produktive wie distributive Aspekte umfassen.⁴⁰ Ökonomische Rationalität beinhaltet Prognose und Abwägung der Folgen ökonomischen Handelns (Nutzen-Kosten-Abwägung). Die Abwägung der Folgen verlangt aber auch deren, implizite oder explizite, Bewertung. Denn es gibt keine wertfreie Rationalität, sondern nur eine werturteilsenthaltende Rationalität, welche aber immer auch (implizit) gewisse kaschierte Wertvorstellungen mittradiert.⁴¹ So ist es leicht einzusehen, dass «Kapitalakkumulation und Profitoptimierung» sich einer utilitaristischen Form des Ethos verschrieben haben. Jedem ökonomischen Diskurs, der die normative Kraft des Faktischen beansprucht oder von einer nicht hinterfrag-

baren wirtschaftlichen Sachgesetzlichkeit ausgeht, ist also zu widersprechen.

In seinem Hauptwerk «Reason and Morality»⁴² zeigt der amerikanische Philosoph Alan Gewirth auf, «dass Handeln eine inhaltlich bestimmte *normative Struktur* besitzt, dergestalt, dass jeder Handelnde rational genötigt ist, ein bestimmtes gehaltvolles oberstes moralisches Prinzip als verbindlich anzuerkennen und dieses Prinzip nicht ohne Selbstwiderspruch bestreiten kann. Im Wege eines reflexiven Argumentes hat Gewirth nachweisen können, dass in der Perspektive jedes Handelnden bzw. Handlungsfähigen die Brücke zwischen Tatsachen und Werten immer schon geschlagen ist»⁴³. Und Gewirth kann aufweisen, dass das von ihm rational überzeugend begründete «oberste moralische Prinzip auch als

der kategorische Imperativ zu formulieren [ist]:

*"Handele stets in Übereinstimmung mit den konstitutiven Rechten der Empfänger deiner Handlungen wie auch deiner selbst!"*⁴⁴ Diese konstitutiven Rechte haben ihren Ausdruck schon in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 gefunden, sowie in den 1966 formulierten - und inzwischen von über 130 Staaten ratifizierten - zwei Pakten: dem Internationalen Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte und dem Internationalen Pakt über die bürgerlichen und sozialen Rechte. Wir wollen hier besonders die sozialen Rechte (z.B. das Recht auf soziale Sicherheit [Art. 9], das Recht auf körperliche und geistige Gesundheit [Art. 12]), die kulturellen Rechte (z.B. das Recht auf Bildung [Art. 13], das Recht auf Grundschulpflicht [Art. 14]), sowie die wirtschaftlichen Rechte (z.B. das Recht, sich zu ernähren und vor Hunger geschützt zu sein [Art. 11.2], das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, einschliesslich Nahrung, Kleidung, Wohnung [Art. 11.1]) erwähnen.⁴⁵ Diese Rechte können auch mit dem neuen Konzept der «Grundfähigkeiten» (siehe weiter unten) ausgedrückt werden.

Ein anderer Argumentationsstrang kann aufzeigen, dass eine nicht werturteilsenthaltende Evaluierung der Folgen ökonomischen Handelns impliziert, dass «Armut nicht ein zu vernachlässigendes Nebenprodukt des Wirtschaftswachstums, sondern Testfall und Prüfstein für eine humane und gerechte Wirtschaft [ist] - d.h. einer Wirtschaft, die nicht als massloser, sich selbstständiger Expansionsprozess von Kapital, sondern als Versorgungswirtschaft zur Deckung menschlicher Bedürfnisse verstanden wird, in der die produktiven und distributiven Aspekte des Wirtschaftens sehr eng miteinander verwoben sind und in dem alle am Wirtschaftsprozess Involvierten nicht als blosse Objekte figurieren, sondern sich als Subjekt beteiligen können.»⁴⁶ Diese Sicht der Dinge impliziert aber dann weiterreichende Konzepte als dies «Grundbedürfnisse» und «Existenzminimum» sind. So hat Amartya Sen,

Nobel-Preisträger 1998 für Ökonomie, das Konzept der «Grundfähigkeiten» («basic capabilities») erarbeitet. Grundfähigkeiten bedeuten, «dass eine Person fähig ist, gewisse grundlegende Dinge zu tun: die Fähigkeit, die Ernährungserfordernisse zu erfüllen, sich fortzubewegen, über die nötigen Mittel für Kleidung und Wohnung zu verfügen, sich am gesellschaftlichen Leben aktiv beteiligen zu können etc.»⁴⁷, so z.B. auch an den Entscheidungen, die das Leben, den Lebensunterhalt sowie die individuellen Freiheiten betreffen. Wobei die Fähigkeit, lebenswichtige Dienste in Anspruch nehmen zu können (Bereitstellung von gesundem Trinkwasser, sanitären Einrichtungen, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen), sowie die Fähigkeit in einer gesunden, humanen und befriedigenden Umwelt leben zu können, nicht unerwähnt bleiben sollen. Diese sich zu verwirklichende Erweiterung der Grundfähigkeiten der Menschen ist dann Testfall und Prüfstein der Bewer-

tung wirtschaftlichen Handelns! «Ermöglicht wirtschaftliches Handeln einer wachsenden Anzahl von Leuten ihre Grundfähigkeiten erweitern und verwirklichen zu können oder nicht?», lautet dann die ethische Gretchenfrage.

Diese Frage soll jetzt gegenüber den Auswirkungen der Schuldenkrise und des Schuldenmanagements von Weltbank und IWF gestellt werden.

Was sind nun die Auswirkungen der Schuldenkrise auf die Schuldnerländer?

1. Verschuldete Länder müssen vom IWF konzipierte Strukturanpassungsprogramme (SAP) durchführen. Folgen dieser SAP sind:

a) ein erheblicher Anstieg der Arbeitslosigkeit. In der Zentralafrikanischen Republik kam es zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit von etwa 20%, in

Bei eis gët keen Thema
ënnert den Teppesch gekiert

honnert, 7
100,7
de sozokulturelle radio
5 JOËR SOZIOKULTURELLE RADIO
MUSEK / KULTUR / INFORMATION

Gratis-Programmheft um Tel.: 44 00 44 1 • Fax: 44 66 60 • <http://www.100komma7.lu>

Ghana stieg die Arbeitslosenrate sogar um 56% (auf offizielle 35% der arbeitsfähigen Bevölkerung) und in Sambia können sogar 80% der Arbeitsfähigen keiner geregelten Arbeit nachgehen.

b) sinkende Reallöhne. In 26 von 28 afrikanischen Ländern nahmen während der 80er Jahre die durchschnittlichen Reallöhne ab. In 17 von 19 von der Interamerikanischen Entwicklungsbank untersuchten Staaten liegt das reale Mindesteinkommen unter dem von 1980. So bezogen 1994 in Chile, einem Land, das vom IWF immer als Entwicklungsmodell dargestellt wird, 45,5% der Beschäftigten Löhne, die nicht ausreichten, um die Grundbedürfnisse eines durchschnittlich grossen Haushalts zu befriedigen. Und 742.000 Chilenen hatten ein Pro-Kopf-Einkommen, das nur 3% über der Armutsgrenze lag.

c) anhaltende und sogar steigende Armut. In den beiden Regionen mit den niedrigsten Einkommen (Subsahara-Afrika und Südasien) stieg die Armut sowohl absolut als auch relativ. So ist, z.B. in Ghana, der Anteil der unter der Armutsgrenze lebenden ländlichen Bevölkerung von 37% im Jahr 1980 auf 54% im Jahre 1990 angestiegen.

d) sinkende Sozialausgaben. In den Ländern mit SAP stieg der Anteil der Ausgaben für Zinszahlungen um 8,4% bei gleichzeitiger Abnahme des Teils, der in den Sozialsektor floss. So fiel der Mittelwert der Staatsausgaben für Erziehung bei den afrikanischen Staaten mit SAP von 3,3% in den Jahren 1981-1986 auf 2,6% für den Zeitraum 1987-1990. Dasselbe gilt für den Gesundheitssektor. So verwendete Tansania z.B. 1994 5,5 US-Dollar pro Kopf der Bevölkerung zur Schuldentilgung, während nur 4,6 Dollar pro Kopf für die Wasser- und Gesundheitsversorgung ausgegeben werden konnten (die Hälfte der Tansanier hat keinen Zugang zu sauberem Wasser!). Und Uganda zahlte jährlich 17 Dollar pro Kopf an seine Gläubiger, während nur 3 Dollar pro Kopf für das Basis-Gesundheitssystem zur Verfügung standen.

2. Die Verschuldung erhöht den Exportdruck. Die hohen Kreditrückzahlungen erfordern Devisen, die nur durch

Exporte erwirtschaftet werden können. Dadurch werden die Chancen einer lokalen, auf inländische Bedürfnisse ausgerichteten Wirtschaft beeinträchtigt. Dieser erhöhte Exportdruck hat dann z.B. auch einen Rückgang der Nahrungsmittelproduktion pro Kopf zur Folge: Agrarprodukte für den Export, anstatt Grundnahrungsmittelproduktion für die einheimische Bevölkerung!

3. Die Hilfsgelder aus Industrieländern müssen immer mehr zur Schuldentilgung verwendet werden. So werden in

**Das eine
«Tragfähigkeits-Kriterium»
der Weltbankinstitutionen,
nämlich die Schuldendienstquote von 20-25%,
ist eindeutig zu hoch
angesetzt.
Wirklich - sozial und
ökonomisch - tragfähig
wäre eine Schuldendienst-
quote von vielleicht 5-10%!**

Subsahara-Afrika nur 43% der bilateralen Kredite für Projekte, aber 57% zur Schuldentilgung verwendet.

4. Da der Exportdruck die verschuldeten Länder dazu zwingt, ihre natürlichen Ressourcen immer stärker auszubehuten, nimmt die Umweltzerstörung, so z.B. die Zerstörung des Tropenwaldes, drastisch zu. So hat Kamerun seine Holzexporte in den sieben letzten Jahren verdreifacht! Und in Sambia wird das Problem der Abholzung - ein zunehmender Anteil der Bäume wird als Brennholz verwendet -, bei den anstehenden riesigen wirtschaftlichen und sozialen Problemen, einfach ignoriert. Diese Umweltzerstörung hat nicht nur regionale, sondern auch globale Auswirkungen!

5. Potentielle Investoren werden abgeschreckt, weil die verschuldeten Länder keine Mittel mehr frei haben, um in die Infrastruktur zu investieren. Dieser Umstand, sowie drohende Steuererhöhungen und steigende Zinsen im Inland, schrecken private inländische und ausländische Investoren ab.

6. Die Kapitalflucht wird durch das mangelnde Vertrauen in die wirtschaftliche Stabilität der hochverschuldeten Länder begünstigt, was die Schuldenspirale weiter antreibt.⁴⁸

Aus den vorhergehenden Ausführungen geht klar hervor, dass die Schuldenkrise und das bisherige Schuldenmanagement die Grundfähigkeiten der Menschen der betroffenen Länder nicht nur nicht erweitern, sondern sogar drastisch einschränken und reduzieren.

Eine innovative neue Politik aber, z.B. eine spürbare Schuldenerleichterung oder sogar Schuldenstreichung für die stark verschuldeten ärmsten Länder, würde anfänglich etwas über 10 Milliarden US-Dollar kosten. Diese relativ geringfügigen finanziellen Kosten (= das Doppelte, was der Bau des Vergnügungsparks Eurodisney in Frankreich oder 6 Stealth-Bomber kosten) stehen in scharfem Gegensatz zu den erschreckend hohen menschlichen Kosten weiterer Untätigkeit. «Wenn die hochverschuldeten Länder von ihren jährlichen Schuldentrückzahlungen befreit würden, könnten sie diese Mittel für Investitionen einsetzen, die allein in Afrika bis zum Jahr 2000 das Leben von rund 21 Millionen Kindern retten und 90 Millionen Mädchen und Frauen den Zugang zu elementarer Bildung sichern könnten», heisst es in dem 1997er Bericht über die menschliche Entwicklung der UNDP.⁴⁹ Diese Politik würde also die Grundfähigkeiten der Menschen dieser Länder spürbar erweitern und verwirklichen helfen!

Das bisherige Schuldenmanagement von IWF und Weltbank hat sich, sowohl vor der Quelle ethischer Erkenntnis - das ist die Erfahrung -, als auch vor der Instanz des sittlichen Richtigen - das ist die Vernunft -, desavouiert. Eine konsequente Schuldenstreichung für die stark verschuldeten ärmsten Länder, da nur diese es den betroffenen Menschen ermöglicht, ihre Grundfähigkeiten zu erweitern und zu verwirklichen, drängt sich also auf.

Dieser Schlussfolgerung wird aber in der Diskussion um die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer von

seiten ökonomischer Orthodoxie, so z.B. vom Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Hans Tietmeyer⁵⁰, immer die sogenannte «Vertragsgerechtigkeit» entgegen gehalten, die, dann sehr verkürzt, hauptsächlich als imperatives «pacta sunt servanda» verstanden wird. Interessanterweise wird hier die Leichtfertigkeit der Gläubiger, auf die wir schon anderswo in diesem Dossier hingewiesen haben, bei der Vergabe von Krediten ignoriert und die falschen Prognosen der Weltbank für die weitere wirtschaftliche Entwicklung einfach übergangen!⁵¹ Es ist ausserdem sehr aufschlussreich, kurz das Ethik-Verständnis dieses Mentors der Europäischen Zentralbank zu umreissen. «Denn Ethik und Beachtung der wirtschaftlichen Sachgesetzlichkeit, das ist kein Widerspruch, sondern etwas Zusammengehörendes»⁵², meint Hans Tietmeyer. Heisst das dann aber nicht, dass die Ethik diese wirtschaftliche Sachgesetzlichkeit ganz einfach zu legitimieren hat? Wird dann nicht die theoretische Grundlage der Weltbankökonomie zur «Religion, die sich mit dem Glanz der Wissenschaft ausstaffiert»⁵³. Werden dann diese «zusammengehörenden» Wissenschaften nicht zu einer Art Theodizee, welche die Herrschenden zur Legitimierung ihrer Herrschaft brauchen, eine legitimierende Erklärung für die krasse soziale Ungerechtigkeit (cf. Max Weber)? Die Schlussfolgerungen des Herrn Tietmeyer lassen dies sehr stark vermuten. Dem dogmatischen Verständnis «pacta sunt servanda» hat aber schon der Vater der bürgerlichen Nationalökonomie, Adam Smith, im 18. Jahrhundert in England widersprochen und die Schaffung eines Insolvenzrechts empfohlen. Die heutigen Insolvenzrechte der Industrieländer enthalten Schutzbestimmungen für den Schuldner, die diesem ein menschenwürdiges Existenzminimum garantieren und oft auch eine zeitliche Obergrenze festsetzen, nach der die restlichen Schulden dann automatisch getilgt werden (z.B. sieben Jahre in der BRD). Die Ausweitung dieses Insolvenzrechtes für Privatschuldner, desjenigen für Unternehmen und desjenigen schon in den USA und Ungarn existierenden für Gebietskörperschaften, auf

die Situation der verschuldeten Entwicklungsländer, also die Schaffung eines Internationalen Insolvenzrechts, wäre ein sinnvoller, ethisch einzuklagender zivilisatorischer Fortschritt. (Wie ein internationales Insolvenzverfahren aussehen könnte wird im nächstfolgenden Beitrag erörtert.)

Ein anderes, von den Verteidigern der Orthodoxie vorgeschobenes Argument gegen einen Schuldenerlass, besteht in der Feststellung, dass «es keinesfalls sichergestellt [ist], dass ein solcher tatsächlich in erster Linie den wirklich Bedürftigen in den Entwicklungsländern zugute kommt. ... Letztlich würde durch die Streichung der Auslandsschulden ... in gewisser Weise auch die Kapitalflucht aus den ärmsten Ländern nachträglich legitimiert oder könnte gar zusätzlich stimuliert werden», wie Hans Tietmeyer bedauernd feststellt.⁵⁴ Diese rührende Besorgnis Tietmeyers, die Massnahmen der Schuldenstreichung

**Der Börsenmakler
George Soros vertritt
die Ansicht, «dass bis
jetzt alle Krisen des
internationalen Finanz-
systems auf dem Buckel
der Südländer zu Gunsten
der Banken und
Spekulantengeregelt
worden seien»**

könnten den Ärmsten nicht zugute kommen, steht aber im krassen Widerspruch zur Tatsache, dass die Alternative (kein Schuldenerlass!) die ärmsten Bevölkerungsschichten, wie gehabt, am meisten treffen würde. Die von Tietmeyer geäusserten Befürchtungen müssen als Scheinargumente zur Erhaltung des «status quo» entlarvt werden. Denn es gibt Mechanismen, die sicherstellen, dass ein Schuldenerlass hauptsächlich zugunsten der Armen wirksam wird. Der sogenannte Gegenwertfonds (siehe nächstfolgenden Beitrag) garantiert, dass die erlassenen Schulden hauptsächlich zur Finanzierung von Projekten zur Deckung der sozialen Grundbedürfnisse eingesetzt werden.

Fazit: Die Streichung der Schulden der stark verschuldeten ärmsten Länder, die Schaffung eines Gegenwertfonds um sicher zu stellen, dass diese Schuldenstreichung auch den Bedürftigen zugute kommt, sowie die Schaffung eines internationalen Insolvenzrechts müssten imperativ verlangt werden.

Dies umso mehr, als auch ökonomischer Sachverstand, so z.B. der Börsenmakler George Soros die Ansicht vertritt, «dass bis jetzt alle Krisen des internationalen Finanzsystems auf dem Buckel der Südländer zu Gunsten der Banken und Spekulanten geregelt worden seien»⁵⁵ und der ermordete frühere Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, sowie der englische Bankmanager David Suratgar sich früh und dezidiert für Schuldenreduktionen ausgesprochen haben.⁵⁶ Ein Grossteil der Schulden der ärmsten Länder sind, nach dem Urteil des US-amerikanischen Ökonomen Jeffrey Sachs (siehe oben), schlicht unbezahlbar geworden. Und sogar der Generaldirektor des IWF hat schon vor zwei Jahren den Verkauf von 5% der Goldreserven des IWF vorgeschlagen, um so den ärmsten Ländern ihre Schulden gegenüber dem IWF erlassen zu können; eine diesbezügliche Entscheidung soll am 27. April in Washington gefasst werden.⁵⁷ Schliesslich ist der US-amerikanische Nobelpreisträger für Ökonomie, James Tobin, der Meinung: «Ce qui me paraît important, la chose principale, c'est de lutter contre cette idée que le marché fera tout bien, en toutes circonstances, que tout ira pour le mieux si l'on n'empêche pas sur la liberté du marché. J'ai trouvé incroyable qu'une des conditions posées à l'assistance offerte par les organisations financières internationales aux pays en difficulté était qu'ils libéralisent encore un peu plus leurs marchés financiers. Alors que le problème est venu du fait qu'ils avaient déjà des marchés trop ouverts!»⁵⁸